

# Aachener Zeitung

MITTWOCH, 30. DEZEMBER 2009 · 64. JAHRGANG



**60 JAHRE BERLINALE**  
Festival-Chef Dieter Kosslick im Interview

► Kultur



**VIER-SCHANZEN-TOURNEE**  
Die Deutschen springen hinterher

► Sport



**STEUERPOLITIK**  
Nach Lammerts Kritik streitet die Koalition

► Seite 4

Nummer 303

www.az-web.de

1,10 Euro

## IM LOKALTEIL

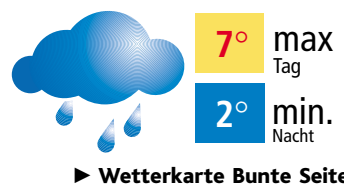
► **Neues Busticket kostet Millionen**

**Aachen.** Das neue Ein-Euro-Busticket kostet die Stadt zwei Millionen Euro pro Jahr – statt angenommener 500 000 Euro. Bei der Kalkulation sei vergessen worden, dass man für mehr Fahrgäste auch mehr Busse und Fahrer einsetzen müsse, so OB Marcel Philipp.

► **Stadtteppich liegt im Ludwig Forum**

► **Das Öcher Wetter im Jahresüberblick**

## WETTER



► Wetterkarte Bunte Seite

## TELEGRAMME

**Koalition offen für Nacktscanner**

**Berlin.** Nach dem gescheiterten Anschlag auf ein US-Passagierflugzeug zeigt sich die schwarz-gelbe Koalition offen für den Einsatz von Nacktscannern bei den Flughafen-Kontrollen. „Es wäre fahrlässig, diese Technik zu tabuisieren“, sagte Unionsfraktionsvize Günter Krings (CDU). Unterdessen wurden an den deutschen Flughäfen die Sicherheitsvorkehrungen verschärft, wie Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) mitteilte. (afp)

**Brite in China hingerichtet**

**Peking/London.** Erstmals seit fast sechs Jahrzehnten ist ein EU-Staatsbürger in China hingerichtet worden. Trotz eindringlicher Gnadennapelle erhielt er wegen Drogenschmuggels verurteilte Brite eine tödliche Giftspritze. Der 53-Jährige war 2007 bei der Einreise mit vier Kilogramm Heroin erwischt worden. Die Hinrichtung sorgt für Spannungen zwischen China und Großbritannien. (dpa) ► Seite 2

## FAMILIENANZEIGEN

Heute im Produkt Lokales

## KONTAKT

Aachener Zeitung  
Postfach 500110, 52085 Aachen

**Zeitungsverkauf/-zustellung:**  
Tel: 0180/1001400\*  
Fax: 0241/5101-790

**Anzeigen-Annahme:**  
Tel: 0180/1001 200\*  
Fax: 0241/5101-790

\*Rund um die Uhr 3,9 Cent je angefangener Minute; abweichende Preise für die Anrufe aus dem Mobilfunknetz möglich.

**Redaktion:**  
Tel: 0241/5101-310  
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)  
Fax: 0241/5101-360

**Verlag:**  
Tel: 0241/5101-0 (Zentrale)

**AZ im Internet:**  
www.az-web.de

## Zu großer Arbeitsaufwand

Kommunen fordern Bürokratieabbau bei Hartz IV

**Berlin.** Die Kommunen fordern von der Bundesregierung einen weitreichenden Bürokratieabbau bei Hartz IV. „Die Fallmanager in den Jobcentern sind viel zu sehr mit bürokratischen Vorgängen belastet. Da werden Wohngrößen und Heizkostenabrechnungen geprüft und beanstandet“, sagte Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, gestern gegenüber unserer Zeitung.

Umfangreiche Einzelfallprüfungen würden nur Verwaltungskraft

binden. „Hier sollte der Ansatz der Koalitionsvereinbarung, die Mittel weitgehend pauschal zu bezahlen, konsequent umgesetzt werden“, erklärte Landsberg. „Eine pauschalierte Gewährung der Leistungen würde nicht nur die Bürokratie vermindern, sondern hätte auch den Effekt, die Selbstbestimmung der Leistungsempfänger zu stärken“, so Landsberg. Fünf Jahre nach dem Start von Hartz IV betonte Landsberg, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sei richtig gewesen. (rb)

## Traum von der Luxusbrücke am Tivoli geplatzt

Stadt Aachen stoppt Ausschreibung für die schicke Fußgängerüberführung, weil die Baukosten auf rund drei Millionen Euro steigen würden

VON STEPHAN MOHNE UND ROBERT ESSER

**Aachen.** Ein „Hingucker“ sollte sie werden, ein würdiges „Entree in die Stadt“. Das zumindest hatte sich die Aachener Politik von einer neuen Fußgängerbrücke am neuen Tivoli versprochen – und deswegen einen teuren Entwurf ausgesucht. Es sollte eine geschwungene, schwebende Brücke über der Krefelder Straße entstehen mit einem 65 Meter hohen Pylon. Doch der Traum ist geplatzt. Die Stadt hat die laufende Ausschreibung für das Projekt gestoppt und somit die Notbremse gezogen, wie Oberbürgermeister Marcel Philipp (CDU) gestern gegenüber unserer

Zeitung erklärte. Grund: Die ohnehin überbordenden Kosten drohen abermals zu explodieren.

Ursprünglich wollte die Stadt rund 800 000 Euro für die Brücke ausgeben. Der dann ausgewählte Entwurf war dann aber schon auf 1,5 Millionen veranschlagt. Mitte 2009 wurde klar, dass man auch damit nicht hinkommen würde. Nun wurde bereits mit Kosten von mehr als 2,4 Millionen Euro gerechnet. Offenbar hatte es falsche Berechnungen – insbesondere beim teuren Stahl – gegeben. Die Angebote, die nun bei der Ausschreibung eingingen, lagen dann noch einmal 20 Prozent über dieser Summe. „Das können wir uns nicht leisten“, so Philipp mit Blick auf die ohnehin dramatische Haushaltslage der Stadt Aachen mit einem prognostizierten Defizit von 60 Millionen Euro im kommenden Jahr. Die prestigeträchtige Luxusbrücke wird es somit nicht geben. Laut Philipp muss nun neu diskutiert werden, ob es eine preiswertere Variante oder gar keine Brücke mehr sein soll.

Im Bebauungsplan ist diese allerdings fest vorgesehen. Ein Gutachter hatte wegen der enormen Fußgängerströme über die Hauptstraße eine Überführung als unbedingt notwendig erachtet. Bislang allerdings habe es ohne Brückenbauwerk keine Probleme gegeben, berichtet der OB. Aus der Politik gab es unisono Rückendeckung für den Stopp. ► Lokales

### Kostenexplosion nicht nur bei Brücke

**Die Gestaltung des Umfeldes** am neuen Tivoli ist deutlich teurer geworden. Der Vorplatz sollte die Stadt 2,6 Millionen Euro kosten. Tatsächlich waren die Baukosten mit über fünf Millionen Euro am Ende doppelt so hoch. Insgesamt hat die Stadt für das Projekt rund elf Millionen Euro ausgegeben. Aus dem Plan, die Ausgaben mit dem Verkauf des alten Tivoli zu kompensieren, wird wohl nichts. Denn die Stadt kalkuliert mit Einnahmen von rund 9,5 Millionen Euro.

## Sternsinger sind auf dem Weg



Die Sternsinger sind unterwegs: Ab heute ziehen Kinder aus dem Bistum von Haus zu Haus, um den Segenswunsch „20°C+M+B+10“ – für Christus segne dieses Haus – über die Türen zu schreiben und Spenden für Gleichaltrige in Entwicklungsländern zu sammeln. Gestern wurde im Aachener Dom der Auftakt des Dreikönigssingens mit einem Aussendungsgottesdienst gefeiert. Dutzende Könige stimmten in festlichen Gewändern ihre Lieder an. Sogar ein „Kamel“ begleitete die Weisen. Das Dreikönigssingen gilt als weltweit größte Aktion von Kindern für Kinder. Von dem Erlös werden jährlich etwa 3000 Projekte in 100 Ländern unterstützt. Allein im Bistum sammelten die Sternsinger bei der vergangenen Aktion mehr als eine Million Euro. (az) Foto: Andreas Steindl ► Seite 5

## Lange Haftstrafen für „Ehrenmord“ an Kurdin in Rees

**Kleve.** Zehn Monate nach dem sogenannten Ehrenmord an einer 20-jährigen Kurdin im niederrheinischen Rees hat das Landgericht Kleve am Dienstag die drei Angeklagten zu langen Haftstrafen verurteilt. Wegen Mordes muss der Vater lebenslang ins Gefängnis. Den Drillingsbruder des Opfers verurteilte die Schwurgerichtskammer zu neun Jahren Jugendstrafe. Ein 32-jähriger Bekannter der Familie erhielt wegen Beihilfe zum Mord eine Haftstrafe von siebeneinhalb Jahren. Kurz vor der Tat sei bekanntgeworden, dass die 20-Jährige nicht mehr Jungfrau gewesen sei und eine ungewollte Schwangerschaft abgetrieben hatte. „Vater und Sohn haben daraufhin gemeinsam den Plan entwickelt, die Tochter zu töten“, sagte der Vorsitzende Richter Christian Henckel. (ddp) ► Seite 7

## Afghanistan: Hilfswerke kritisieren Niebel

**Berlin.** Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) und Hilfsorganisationen streiten über eine stärkere Zusammenarbeit mit der Bundeswehr in Afghanistan. Die Deutsche Welthungerhilfe und der Verband Entwicklungspolitik (Venro) lehnten die Forderung Niebels nach einer engeren Verzahnung am Dienstag ab. Mitarbeiter von Hilfsorganisationen seien in der Vergangenheit in Afghanistan getötet worden, weil ihre Unabhängigkeit vom Militär möglicherweise nicht klar genug gewesen sei, sagte der Venro-Vorsitzende Ulrich Post in einem epd-Gespräch. Niebel hatte in einem Interview angekündigt, finanzielle Zusagen für Hilfsverbände in Afghanistan an ihre Bereitschaft zur Kooperation mit der Bundeswehr zu knüpfen. (epd)

## Kommunen mit Konjunkturpaket zufrieden

**Berlin.** Der Deutsche Städtetag hat eine positive Zwischenbilanz der noch von der alten Regierung aufgelegten Konjunkturprogramme gezogen. Das Konjunkturpaket II zeige „echte Erfolge bei kommunalen Investitionen“, teilte der kommunale Spitzenverband gestern mit. Für 2009 zeichne sich bei den Kommunen ein Zuwachs an Investitionen von fast fünf Prozent ab. Diese Steigerung beruhe in erster Linie auf dem Zukunftsinvestitionsgesetz. (dpa)

## Streit um Zivilcourage zwischen Politik und Polizei

Bayerns Innenminister ruft dazu auf, sich bei Streitigkeiten in der Öffentlichkeit einzumischen. Polizeigewerkschafter warnen davor.

VON ULRICH MEYER

**München/Berlin.** Zwischen dem bayerischen Innenministerium und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gibt es Uneinigkeit über den Sinn von Zivilcourage im Kampf gegen Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln. „Wir brauchen noch mehr Menschen, die – wie Dominik Brunner – Zivilcourage zeigen und so beweisen, dass ihnen die Sicherheit und das Wohlergehen ihrer Mitmenschen am Herzen liegen“, lobte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) den Einsatz Brunners. Er

hatte sich am 12. September am Münchner S-Bahnhof Solln schützend vor vier Kinder gestellt und wurde dafür von zwei Jugendlichen erschlagen.

Der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg hält nichts von zu viel Wagemut. „Davon rate ich dringend ab“, sagte er gegenüber ddp. „Jeder, der in Berlin U-Bahn fährt, weiß, dass schon ein paar mahnende Worte gegenüber einer lärmenden Schülergruppe der Beginn einer unheilvollen Eskalation sein können.“ Da sei es besser, zum Handy zu greifen und den Vorfall zu melden.

Zur Verbesserung der Sicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln setzt Herrmann auch auf eine stärkere Videoüberwachung an Bahnhöfen und in den Zügen sowie eine größere Präsenz von Sicherheitsdiensten und Polizei. Zugleich trat er im ddp-Interview in München dem Eindruck entgegen, dass die Gewalt in Bussen und Bahnen zunehme: „In Bayern sind die Gewaltdelikte im Öffentlichen Personennahverkehr im Jahr 2008 gegenüber 2007 um 3,4 Prozent auf 415 Straftaten gesunken. Der Trend für 2009 deutet auf ähnliche Zahlen hin.“

Dem widersprach Freiberg. Er sieht eine stetige Zunahme der Übergriffe auf Fahrgäste und das Personal. „In Berlin wird jeden Tag ein Busfahrer malträtirt. Wenn es zu Gewalt kommt, dann wird sie immer brutaler.“ Die Betreiber müssten verpflichtet werden, mehr Personal einzusetzen: „Die öffentlichen Verkehrsmittel müssen von den wenigen, die sie missbrauchen, für die Millionen Bürger, die sie benutzen, zurückerobert werden. Das geht nur mit einer deutlichen Präsenz von Sicherheitskräften, die auch eingreifen und asoziales Verhalten ahn-

den“, sagte der Polizeigewerkschafter.

Der bayerische Innenminister betonte hingegen die Verantwortung jedes einzelnen Bürgers. „Wir erleben es immer wieder, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger für ihre Mitmenschen in Gefahrensituationen einsetzen. Das zeigen die vielen Beispiele, die in den Medien in den vergangenen Wochen nachzulesen waren. Es ist wichtig, dass wir diesen Trend zu mehr Zivilcourage stärken.“ „Hinsehen, Handeln und Helfen“ seien Grundwerte unserer Gesellschaft. (ddp)



4 194 121 101107 3 0053